Nummer 481

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Mittwoch, 15. Oktober 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Renner, Inseratenteil: i. V.: A. Loreo, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Französischer Hohn.

Leygues über die Sicherheitsforderungen.

Paris, 14. Oktober.

Bei der Einweihung einer neuen Eisenbahnlinie in Villeneuve-sur-Lot hielt der ehemalige Marineminister Leygues eine Rede über die außenpolitische Lage. Er erklärte u. a., der Präsident der Republik habe der Auffassung des Landes entsprochen, als er für Frankreich eine feste und unbestreitbar begründete tatsächliche Sicherheit gefordert und an die alten, ererbten Eigenschaften appelliert habe, damit man sich darüber klar werde, daß es nicht gut sei, Frankreich aufs neue anzugreifen. Die Verträge, erklärte der Redner weiter, würden angegriffen, denn man verlange ihre Revision.

Man habe geglaubt, daß Pakte ohne Sanktionen, eine ritterliche Politik (!) des Vergessens der Prüfungen und Opfer und eine Politik weitgehender Zugeständnisse die Sicherheit Frankreichs am besten garantieren würden. Eine kürzlich erst gemachte Erfahrung habe diese Hoffnung enttäuscht.

Frankreich müsse stark sein, um bei allen Völkern Achtung zu erringen, seinen Freunden Vertrauen einzuflößen und das nationale Erbe verteidigen zu können. Kein Volk habe mehr Friedensunterpfänder gegeben als Frankreich. Gegenüber Deutschland habe es seine defensiven Streitkräfte bis zur äußersten Grenze herabgesetzt (!). Wenn es darüber hinausgehen würde, würde es sich den schlimmsten Abenteuern aussetzen.

Deutschland fordert Wahrheit über die Aufrüstung der Andern.

Tagung des Genfer Abrüstungsausschusses.

TU Genf, 14. Oktober.

Das Arbeitsprogramm der am 6. November beginnenden abschließenden Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes wird jetzt bekanntgegeben. Aus dem Programm ergibt sich, daß die Begrenzung des gesamten lagernden und aktiven Kriegsmaterials der Landrüstungen, eine der entscheidensten Fragen der Abrüstung, aus dem Abkommensentwurf ausgeschieden worden ist. Die große Streitfrage der Begrenzung der ausgebildeten Reserven wird auf der Novembertagung von neuem auf Grund eines früheren deutschen Antrages aufgerollt werden, indem die Zahl der jährlich einzustellenden Reservisten in dem Abkommen begrenzt werden muß. Die deutsche Regierung hat ferner die im Abkommen vorgesehene Begrenzung der Militärhaushalte von der Einbeziehung des gesamten Kriegsmaterials in das Abkommen abhängig gemacht. Einen bedeutsamen Punkt des Arbeitsprogramms bildet ferner die Veröffentlichung des tatsächlichen Rüstungsstandes der einzelnen Länder.

Von deutscher Seite muß hierbei in der abschließenden Tagung gefordert werden, daß noch vor der Allgemeinen Abrüstungskonferenz als Grundlage der Konferenzverhandlungen eine uneingeschränkte Veröffentlichung der tatsächlich bestehenden heutigen Rüstungen und Bekanntgabe der gegenwärtigen Kampfmittel des modernen Krieges in den einzelnen Ländern erfolgt. Die Oeffentlichkeit muß noch vor der Konferenz vor die Tatsache gestellt werden, daß Frankreich heute 1400 schwere Geschütze, 4000 Militärflugzeuge, 2000 Tanks besitzt, während Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages keinerlei Rüstungen in diesen drei Kategorien besitzt.

Man erwartet, daß die deutsche Regierung auf der letzten Tagung des Abrüstungsausschusses grundsätzlich den Standpunkt vertreten wird, daß das Abrüstungsabkommen eine umfassende und tatsächliche Begrenzung sämtlicher moderner Kriegsfaktoren und keinerlei Scheinabkommen darstellen darf, so daß die öffentliche Meinung nur über die tatsächlich vorgenommenen Herabsetzungen oder Beschränkungen der Rüstungen im Verhältnis zu dem heutigen Rüstungsstand hinweggetäuscht werden könnte.

Der erste Punkt des Arbeitsprogramms betrifft das Flottenmaterial. Loudon nimmt in seiner Aufzeichnung auf die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz Bezug und meint, daß die in London angenommenen Grundsätze in die allgemeine Abrüstungskonvention aufgenommen werden könnten. Es besteht aber anscheinend die Absicht, auf der kommenden Tagung diesen Punkt mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen französisch-italienischen Verhandlungen zunächst zurückzustellen.

Gespensterseher im dänischen Parlament.

TU Kopenhagen, 14. Oktober.

Am Dienstag begann im Folketing die Militärdebatte. Die bürgerlichen Parteien lehnten den Abrüstungsvorschlag der Regierung, der u. a. auch die Umwandlung der dänischen Armee in ein Grenzwachtkorps vorsieht, ab. Der Sprecher der Bauernpartei Venstre und der der Konservativen begründeten ihren ablehnenden Standpunkt vor allem mit Hinweisen auf das Ergebnis der deutschen Wahlen vom 14. September.

Der Vertreter der Bauernpartei fragte die Regierung und den Verteidigungsminister, was sie zu tun gedächten, falls die Hitlerleute gegen die dänische Grenze rückten. Er ging davon aus, daß doch durch das Anwachsen der beiden Flügelparteien im Deutschen Reichstage die Verhältnisse in Deutschland unsicher geworden seien und sich auch das Ausland auf alles gefaßt machen müsse, da diese Flügelparteien weder die deutsche Verfassung respektieren würden noch die Landesgrenzen. Die Ausführungen der Gegner der weitgehenden Regierungsvorlage zeigten offensichtlich das Bestreben, die Vorlage mit allen Mitteln zu Fall zu bringen.

Scholz oder Löbe?

Ueber Deutschland ziehen sich Unwetter zusammen. Der erste Donner wird aus der Ferne hörbar. Das ganze Volk wartet auf Schutzmaßnahmen. Im Reichstage aber, von dem die Staatsgewalt noch ausgeht, ist es wie einst im Mai: Minister, Parteivertreter und Fraktionen verhandeln, und bereiten mit parlamentarischer Gründlichkeit sich auf die Behandlung der Doktorfrage vor: Wie kriegen wir in diesem Reichstage eine Mehrheit zustande? Für Löbe? Oder für Scholz? Oder gegen das Mißtrauensvotum? Das alte Spiel hebt an. Wird es nicht rasch und energisch und im Sinne des nationalen Willens zu Ende geführt, so wird es — hoffentlich — das letzte parlamentarische Spiel für lange Zeit sein.

Ueber die Neuwahl des Reichstagspräsidiums die heute stattfinden soll, ist auch im Laufe des gestrigen Tages zwischen und innerhalb der verschiedenen Fraktionen des Reichstages lebhaft verhandelt worden. Leider ist es, nachdem sich Zentrum und Bayerische Volkspartei für die Wahl des Sozialdemokraten Löbe entschieden hatten, nicht gelungen, eine bürgerliche antimarxistische Einheitskandidatur aufzustellen. Auf der anderen Seite kann festgestellt werden, daß die Mehrzahl der rechtsstehenden Parteien trotz des Abspringens von Zentrum und Bayerische Volkspartei entschlossen ist, diesmal nicht Herrn Löbe ihre Stimme zu geben, sondern an der Kandidatur des Parteiführers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, festzuhalten. In einer Fraktionsführerbesprechung, die gestern nachmittag auf Einladung des Alterspräsidenten Herold stattfand, kam diese Auffassung nachdrücklichst zum Ausdruck. Von nationalsozialistischer Seite wurde hierbei besonders darauf hingewiesen, daß das angebliche Recht der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten in der Geschäftsordnung des Reichstages nicht verankert sei. Vielmehr müsse, nachdem die Wahl eine ganz klare antimarxistische Mehrheit ergeben hätte, auch ein antimarxistischer Präsident gewählt werden. Am Abend hielt dann noch die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, in der sie sich entschied, die Kandidatur Scholz nicht zurückzuziehen.

Für Dr. Scholz dürften heute zum mindesten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, das Landvolk, die Konservativen und die Deutsche Volkspartei, für Löbe das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die 14 Demokraten der staatsparteilichen Restfraktion und die Sozialdemokraten stimmen. Die Kommunisten werden einen eigenen Kandidaten aufstellen. Mit ihrer Stimmabgabe für Löbe oder für Scholz ist nicht zu rechnen. **Die Entscheidung wird demnach bei denjenigen kleineren Parteien und Gruppen liegen, die sich bisher noch nicht endgültig entschlossen haben.** Das ist zunächst die Wirtschaftspartei, von der man allerdings annimmt, daß sie für Scholz eintreten wird, ferner die Christlich-Soziale Gruppe, die Gruppe der sechs Volksnationalen und schließlich der Bayerische Bauernbund, dessen sechs Abgeordnete aber wohl für Herrn Löbe in Rechnung zu stellen sind. Voraussichtlich wird der Reichstag, da man die Kommunisten abziehen muß, bei der entscheidenden Abstimmung in zwei fast gleiche Hälften auseinanderfallen, so daß schließlich **nur wenige Stimmen auf der einen oder anderen Seite den Ausschlag geben werden.**

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschäftigte sich gestern mit dem Verbleiben des Ministers Dr. Bredt im Amte. Ueber die Fraktionssitzung wird mitgeteilt:

„Die Reichtagsfraktion der Wirtschaftspartei nahm von der Ablehnung des Rücktrittsgesuches des Ministers Bredt durch den Herrn Reichspräsidenten und dem Ersuchen, als Minister ohne parteipolitische Bindung im Kabinett zu verbleiben, Kenntnis. Die Fraktion hält nach wie vor an ihrer Forderung der Umbildung des Kabinetts im Sinne ihres gestrigen Schreibens an den Herrn Reichskanzler fest. Der Reichsregierung gegenüber behält sie sich nunmehr völlig freie Hand vor."

Sturm auf die Universität Barcelona

Universitätstor gesprengt.

TU Madrid, 14. Oktober.

In Barcelona demonstrierten am Dienstag Studenten und Arbeiter, um die Freilassung der bei den letzten Unruhen Verhafteten zu erzwingen. Die Demonstranten sprengten die aus Vorsicht vorher geschlossenen Universitätstore, drangen in die Aula ein und rissen das Königsbild von der Wand, das unter wilden Protestrufen auf dem Hof verbrannt wurde.

Der Rektor versuchte, vermittelnd einzugreifen, wurde aber ausgepfiffen und niedergeschrien. Darauf griff die Polizei, die von den Studenten mit einem Steinhagel empfangen wurde, scharf durch, wobei auch mehrere Schüsse fielen. Eine Anzahl Personen wurde verletzt. Der Rektor hat die Universität schließen lassen.

Mussolini über die Landwirtschaft.

25-Jahrfeier des Internationalen Agrarinstituts.

Rom, 14. Oktober.

Bei dem Festakt zur Feier des Tages, an dem vor 25 Jahren das Internationale Landwirtschaftsinstitut gegründet wurde, hielt Mussolini eine Rede, in der u. a. erklärte, es sei schwer zu unterscheiden, welche von den Schwierigkeiten, mit denen gegenwärtig alle Völker der Welt zu kämpfen hätten, auf Gründe wirtschaftlicher Art zurückzuführen seien. Eines aber steht unzweifelhaft fest, das ist die entscheidende Rolle der Landwirtschaft in der Dynamik der Weltwirtschaft. Die Landwirtschaft ist und wird immer der Brennpunkt der Bestrebungen sein, die das empfindliche Gleichgewicht in dem Mechanismus des Wirtschaftsaustausches wieder herzustellen suchen. Das Existenzrecht und das Verdienst des Landwirtschaftsinstituts ist darin begründet, daß es eine Verständigung zwischen den ihm angeschlossenen Staaten oder Staatengruppen beschleunigt, ferner technische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen vorschlägt und Richtlinien für ein rationelleres Verhältnis in dem Austausch zwischen den Ländern aufstellt, damit das Element der Störung, das von der Macht der miteinander verbundenen Menschen unabhängig ist, weniger stark wirken kann.

Im Verlauf der Ansprachen der Auslandsvertreter folgte die in italienischer Sprache gehaltene Rede des Ministers a. D. Hermes, der die Glückwünsche der deutschen Reichsregierung und besonders des Reichsernährungsministers überbrachte. Dr. Hermes führte u. a. aus: Wir wollen an dem heutigen Gedenktage erneut feierlich unsere Bereitschaft bekennen, alle Kräfte zu vereinen, um die einzigartige Aufgabe des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes zu voller Erfüllung zu bringen und damit seinen Dienst an der Menschheit zu krönen.

— **Die italienisch-bulgarische Hochzeit.** Wie aus Rom gemeldet, wird die Hochzeit der Prinzessin Giovanna mit König Boris von Bulgarien am 25. Oktober in Assisi stattfinden.

Der sächsische Landtag zum Arbeitslosen-Problem.

Agitationsanträge und Konferenzmöglichkeiten.

do Dresden, 14. Oktober.

Der sächsische Landtag hatte sich heute mit einer Reihe sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge zu befassen, die sämtlich Probleme der Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosennot zum Gegenstand hatten. Der sächsische Finanzminister Dr. Hedrich führte dazu u. a. aus, daß die Ausgaben, die die gestellten Anträge verursachten, die Etats der nächsten zehn Jahre zusammen mit der Kleinigkeit von über 341 Millionen Mark belasten würden, je Jahr im Durchschnitt also mit rund 34 Millionen Mark, und daß der Etat des Rechnungsjahres 1930 allein mit rund 60 Millionen Mark beschwert werden würde. Trotz dieser Warnung stimmten Sozialisten, Kommunisten und Nationalisten für die Anträge.

Im weiteren Verlauf der vielstündigen Sitzung spielte sich dann, von den meisten Abgeordneten unbemerkt, ein interessantes Ereignis ab. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Arndt griff den Vorschlag des Führers des Verbandes sächsischer Industrieller Wittke auf, mit Beschleunigung eine Konferenz einzuberufen, die über das wichtige Problem der Arbeitsstreckung zu beraten hätte. Der Sozialdemokrat Arndt begründete diesen Vorschlag und teilte mit, daß auch die Gewerkschaften bereit wären, Opfer zu bringen, wenn ein Erfolg, vor allem eine Einreihung größerer Arbeitermassen in den Produktionsprozeß erreicht würde. Der Innenminister Richter stellte diese Tatsache mit besonderer Befriedigung fest und teilte mit, daß die sächsische Regierung sofort Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beratung über die Verkürzung der Arbeitszeit einladen würde.

Das sächsische Gesamtkabinett hat bereits seit dem 1. Oktober die Bezüge der Minister um 20 Prozent gekürzt.

Einigung über Löhne und Arbeitszeit für die oberschlesischen Eisenhütten.

TU Gleiwitz, 14. Oktober.

Die am 26. September gefällten Schiedssprüche über Löhne und Arbeitszeit für die oberschlesischen Eisenhütten, die die bisherige Regelung um ein weiteres Jahr verlängerten, waren vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden, während die Arbeiterverbände die Schiedssprüche annahmen und ihre Verbindlichkeitserklärung beantragten. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fanden am Dienstag in Berlin hierüber Verhandlungen statt. Nach langwierigen Beratungen machte der Vertreter des Reichsarbeitsministers einen Einigungsvorschlag dahin, daß die Schiedssprüche mit einer Verkürzung der Laufdauer angenommen würden. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß die in den erwähnten Schiedssprüchen enthaltene Regelung bis Ende Januar 1931 gelten solle und von da an mit zweimonatiger Frist kündbar sei.

Ostsorgen.

Von

Dr. jur. O.-W. Hager, Stettin.

Die diesjährige Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft fand in Stettin statt. Hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft in den letzten Jahren ihre Tagungen in den Westen und Süden des Reiches verlegt, um dadurch die enge Verbundenheit von Industrie und Landwirtschaft und gleichzeitig die Gefühle aller Berufsstände für das besetzte Gebiet zum Ausdruck zu bringen, so darf in der diesjährigen Wahl des Tagungsortes eine erneute Anerkennung der Bedeutung des deutschen Ostens und seiner schwierigen Lage erblickt werden.

Durch die mehr westlich eingestellte Politik in den Nachkriegsjahren ist der deutsche Osten noch mehr als in den Jahren vor dem Kriege vernachlässigt worden, obwohl dieses Gebiet wegen der unerhörten Grenzziehung ganz besonderer Fürsorge bedurft hätte. Der deutsche Osten war vor seiner Zerreißung durch das Versailler Diktat ein einheitliches gesundes Wirtschaftsgebiet. Durch die Gebietsabtretungen ist dort eine Gesamtfläche von 5,1 Millionen Hektar und eine Bevölkerung von 4,4 Millionen verloren gegangen. Dieser Verlust bedeutet eine schwere Schädigung des Deutschtums überhaupt. Denn der deutsche Osten ist von jeher das Menschenreservoir gewesen, aus dem das ganze Reich ständig seine besten Kräfte für seinen Arbeitsmarkt geschöpft hat. So ist dieses Gebiet in bevölkerungspolitischer Hinsicht für das Deutsche Reich von ausschlaggebender Bedeutung.

Von allen Provinzen haben die Ostprovinzen die höchsten Geburtenziffern. So entfallen beispielsweise noch im Jahre 1928 auf 1000 Einwohner in Oberschlesien 26,5, in Ostpreußen 23,2 Geborene, während in Preußen die Ziffer nur 18,6 beträgt. Infolge des hohen Geburtenüberschusses waren daher die Ostprovinzen in der Lage, immer wieder menschliche Arbeitskräfte an das Reich abzugeben. Die Abwanderung vom Lande hat aber in den letzten Jahren einen derartigen Umfang angenommen, daß sie keineswegs mehr eine Folge des Geburtenüberschusses ist, sondern heute als krankhaft bezeichnet werden muß. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, daß heute die Säuglingssterblichkeit in den Ostgebieten mit 2—3 Prozent über dem Durchschnitt in Preußen liegt und auch die Tuberkulosesterblichkeit einen nicht unerheblich größeren Umfang als im übrigen Preußen hat. Wenn allein aus den ländlichen Bezirken Pommerns in den letzten 1½ Jahren 16 861 Personen abgewandert sind, so müssen mit einer solchen starken Verminderung der Bevölkerung schwere politische Gefahren verknüpft sein, namentlich, wenn man sich vor Augen hält, daß in dem angrenzenden Polen die Geburtenhäufigkeit 15 Prozent größer ist als in Preußen.

Da die Abgewanderten fast durchweg junge Leute zwischen 15 und 30 Jahren sind, so liegt hierin zugleich eine hohe kulturelle Stärke und Gefahr. Der Osten hat die Kosten der Erziehung und des Unterrichts für seine Söhne aufgebracht und sie dann, wenn sie arbeitsfähig und in der Lage waren, neue Werte zu schaffen, an den westlichen Teil des Reiches abgegeben. Das ganze Reich muß daher darauf bedacht sein, daß gerade in den Ostprovinzen die Schulen und Hochschulen in besonderem Maße gepflegt werden. Leider müssen wir jedoch feststellen, daß der unmittelbare Osten insgesamt nur zwei Hochschulen besitzt, nämlich die Universitäten in Breslau und Königsberg. Dagegen ist der Westen auf das dichteste mit besonders wertvollen Bildungsstätten besetzt. Bei der schwachen Bevölkerungsdichte des Ostens — in der Grenzmark Posen-Westpreußen entfallen auf 1 Quadratkilometer nur 43 Einwohner (in dem pommerschen Grenzkreise Rummelsburg nur 33,84), während in Preußen auf 1 Quadratkilometer 131 Einwohner kommen — stellen die Schullasten für die einzelnen Gemeinden so ungeheure Lasten dar, daß sie heute nicht mehr in der Lage sind, diese allein aufzubringen. Wenn nicht hier das ganze Reich, das ja in erster Linie seine Arbeitskräfte aus dem Osten entnimmt, helfend eingreift, so muß mit einem kulturellen Rückschritt in allernächster Zeit sehr ernst gerechnet werden. Hinzu kommt außerdem, daß der Osten, abgesehen von Berlin und Königsberg, heute nur noch zwei nennenswerte Theater, nämlich in Breslau und Stettin, besitzt. Auch diese nationalen Bildungsstätten sind stark gefährdet und müssen, wenn nicht ganz durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, auf das Niveau von Kleinstadtbühnen herabsinken.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist der deutsche Osten die Nahrungsgrundlage für das Deutsche Reich. Die Landwirtschaft ist bei weitem das erste Wirtschaftsgebiet in diesen Grenzteilen. So führt allein Pommern in jedem Jahre etwa

35 000 Tonnen Roggen,
90 000 Tonnen Hafer,
42 000 Tonnen Gerste,
326 000 Tonnen Kartoffeln,
80 000 Tonnen Zucker

und große Mengen an Fleisch, Milch und Wolle an das